

- Bürgermeister
- Büro des Bürgermeisters
- Finanzen/Controlling
- Rechtsamt
- Eigenbetrieb Stadtwerke
- Interne Frauenbeauftragte

- Fachbereich I
Zentrale Verwaltung
- Fachbereich II
Soziales/Ordnungswesen/Stadtbüro
- Fachbereich III
Bauamt
- Fachbereich IV
Gesellschaft und Bildung
- Fachbereich V
Immobilienmanagement

Beschluss der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Soziales und Kultur und des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr

2. Gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Soziales und Kultur und des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr am 7. Mai 2018

TOP 2

Barrierefreier Spielplatz; gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und FWW Vorlage: 10/0472

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 19. April 2018 den Antrag zur weiteren Beratung an den Ausschuss überwiesen.

Der Antragsteller erläutert den Antrag und betont insbesondere, dass es sich bei der unter Punkt 2 angeregten Umsetzung, um ein Pilotprojekt handeln soll um Erfahrungen zu sammeln. Die Konzeption soll gemeinsam mit Impulsgebern (Kitas, Eltern, Anwohner, Verbände etc.) erarbeitet werden.

Bürgermeister Möller stellt die bereits seit Jahren stattfindenden Beteiligungsprozesse bei der Planung von Spielplätzen im Rahmen der Freiraumleitplanung dar und schlägt vor, einen Spielplatz in zentraler Lage für das Pilotprojekt auszuwählen.

Die CDU-Fraktion beantragt:

In Punkt 1 des Antrages nach dem Wort „inklusive“ die Worte „und kleinkindgerecht“ einzufügen und einen Punkt 4 anzufügen mit dem Inhalt „Der Magistrat wird beauftragt ein Kommunikationskonzept zur besseren Beteiligung der Eltern und Kinder an der Spielplatzplanung zu erarbeiten“.

Die ALW-Fraktion regt an, einen „Standardspielplatz“ als Pilotprojekt auszuwählen und ansonsten alle Spielplätze auf Barrierefreiheit zu überprüfen und barrierefreie Spielplätze auf der Homepage zu veröffentlichen.

Die Fraktionen von FWW und SPD führen aus, dass der Begriff der Inklusion umfassend ver-

standen werden muss, und so eine Differenzierung in "inklusiv" und "kleinkindgerecht", wie von der CDU-Fraktion beantragt, nicht zielführend sei. Darüber hinaus bittet die SPD-Fraktion, dass ins Protokoll aufgenommen wird, dass die Beteiligung beim Pilotprojekt in der auch bisher schon durchgeführten Form der Beteiligung erfolgen soll.

Der Vertreter des Beirats zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen, Herr Blättler erhält Rederecht. Er weist darauf hin, dass die Begriffe „Barrierefreiheit“ und „inklusive Spielwelten“ differenziert betrachtet werden müssen. Er regt an, ein Gesamtkonzept für eine mögliche Förderfähigkeit der Maßnahmen zu prüfen.

Herr Bürgermeister Möller sagt zu, dass die Verwaltung als ersten Schritt eine Darstellung des bisher verfolgten Konzepts bei der Gestaltung von Kinderspielplätzen vorlegen wird.

Der Ausschussvorsitzende lässt zuerst über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

4	Ja-Stimmen	(3 CDU, 1 ALW)
10	Nein-Stimmen	(2 FWW, 8 SPD)
3	Enthaltungen	(3 ALW)

Der Ausschuss für Soziales und Kultur und der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr empfehlen der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen,

- 1) welche bestehenden Spielplätze Weiterstadts einen stärkeren inklusiven Charakter erhalten können.
- 2) ob im Rahmen eines Pilotprojektes ein Weiterstädter Spielplatz im Sinne eines Angebotes für behindertengerechtes Spielen erweitert werden kann und ein barrierefreier Zugang möglich ist.
- 3) welche Fördermöglichkeiten zur inklusiven Öffnung oder Neubebauung von Spielplätzen für die Stadt Weiterstadt zur Verfügung stehen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig